

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Im Abschwung

Der völlig überraschende Ausbruch des neuen Nahost-Konflikts wird die Weltkonjunktur zusätzlich belasten. Das dürfte insbesondere dann eintreten, falls sich der Krieg nicht regional begrenzen lassen sollte. Das ifo-Institut sieht die Gefahr, dass die ohnehin beeinträchtigte deutsche Industrie besonders stark getroffen werde. Laut Bundeswirtschaftsministerium hat sich der BIP-Rückgang auch im dritten Quartal fortgesetzt. Die Zahl der Regelinsolvenzen lag im September um 19,5 % über dem Vorjahresmonat. Der IWF hat seine Wachstumsprognose für Deutschland erneut nach unten korrigiert. Bei schwachen konjunkturellen Rahmenbedingungen wird die Bundesrepublik danach 2023 als einzige große Volkswirtschaft schrumpfen. Der IWF erwartet jetzt ein Minus von 0,5 %. Die Bundesregierung hat ihre Prognose auf 0,4 % revidiert. Die Wirtschaftsweisen gehen sogar von einem BIP-Rückgang um 0,6 % aus. Deutschland befinde sich seit über einem Jahr im Abschwung. Die Stimmung in den Unternehmen habe sich weiter verschlechtert. Das ifo-Geschäftsklima im deutschen Wohnungsbau ist im September auf den tiefsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 1991 gefallen. Die Zahl der erteilten Wohnungsbaugenehmigungen ist von Januar bis August 2023 – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um 28,3 % abgestürzt. Der frühere Opel-Chef sieht die Gefahr, dass Deutschland zum „Freiluft-Industriemuseum“ wird. Die „Welt“ warnt: „Deutschlands Klima-Diktat wird jetzt endgültig zum Standortnachteil.“ Selbst der

Export, der traditionelle Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft, schwächelt. Im August sind die Ausfuhren – im Vergleich mit dem Vorjahresmonat – kalender- und saisonbereinigt – um 5,8 % gesunken. Als Bremsfaktoren wirken laut DIHK die hohe Steuer- und Abgabenbelastung sowie die bürokratischen Nachweispflichten. Da kann es nicht verwundern, dass die Wirtschaftspolitik der Ampelregierung von den deutschen Ökonomen zur Halbzeit der Legislaturperiode überwiegend schlecht benotet wird. Bei einer im September erfolgten Umfrage unter 205 Wirtschaftsprofessoren ist vor allem die Energiepolitik der Bundesregierung auf Kritik gestoßen. So halten 58 % der Befragten den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft für falsch, 60 % das neue Heizungsgesetz und 83 % einen subventionierten Industriestrompreis. Insgesamt erhält die Ampel-Politik die wenig rühmliche Schulnote 4,0.

„Kollateralschaden“?

Der Frust der Unternehmen im Hinblick auf die Überregulierung von Arbeitsmarkt, Wirtschaftssystem und Energiepolitik nimmt weiter zu. Der Arbeitgeberpräsident beanstandet: „Teile der Ampel hören uns nicht zu. Wir erleben einen wirtschaftlichen Stillstand in der Zeitenwende – der Zug ist schon zu Beginn der Strecke stehen geblieben.“ Dulger wiederholt die bereits mehrfach vorgetragene Kritik an den hierzulande hohen Energiekosten, Steuern, Abgaben und Lohnzusatzkosten. Die Infrastruktur sei marode, die Digitalisierung der Verwaltung finde noch gar nicht richtig statt. Kontraproduktiv sei

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

auch der „bürokratische Wahnsinn“ aus Brüssel. Allein der Leitfaden für den Sozialreport sei fast so dick wie das Frankfurter Telefonbuch. Klartext kommuniziert der Arbeitgeberpräsident auch zur Klimapolitik der Ampel-Koalition: „Eine absterbende Wirtschaft als Kollateralschaden billigend in Kauf zu nehmen, um Klimaschutzziele zu erreichen, hielte ich jedenfalls für grundfalsch. Geht es der Wirtschaft schlechter, dann schwächt das den Sozialstaat.“ Roland Koch, der frühere hessische Ministerpräsident, sieht ein gefährliches Defizit: „Die Situation der Staatsfinanzen erfordert unverzügliches Handeln. Von diesem zweiten Teil der Zeitenwende, die eine ebenso große mentale Veränderung in unserem Land erfordert, wird sich niemand drücken können: Wir werden schnell lernen müssen, mit weniger Ausgaben bessere Leistungen zu erbringen. Die Wirtschaft kennt das. Nicht das geringste wird dazu im Augenblick vorbereitet.“

Säule der Marktwirtschaft

Die Stärke der deutschen Volkswirtschaft beruht vor allem auf dem großen Anteil der Familienunternehmen. 90 % aller Betriebe gelten als familienkontrolliert. Sie erzielen 55 % der Umsätze und stellen etwa 57 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Als Arbeitgeber, Steuerzahler, Ausbilder und Investoren bilden die Familienunternehmen das

(bisher) stabile Fundament von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie tragen wesentlich zum Erhalt der Sozialsysteme bei. Die spezielle Philosophie zeichnet sich aus durch das Denken, Planen und Handeln nicht in Jahren, sondern in Generationen. Im Alltag gelebte Traditionen wirken gerade in turbulenten Zeiten wie Leuchttürme als bewährte Navigationshilfen in schwerer See. Die daraus resultierenden Wertesysteme erweisen sich oft als handfeste Wettbewerbsvorteile. Der Umgang mit Mitarbeitern „auf Augenhöhe“ schafft ein überdurchschnittliches Maß an Motivation, Identifikation und Loyalität. Familienunternehmen verkörpern den sinnstiftenden Gegenentwurf zu supranationalen Konzernen mit eher kapitalistischer Ausrichtung. Wer als Politiker meint, immer wieder die Belastbarkeit von KMU im Hinblick auf Steuern, Abgaben, Energieversorgung, Umweltauflagen und Bürokratie testen zu sollen, legt die Axt an einen Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft.

Zu guter Letzt ...

Immer mehr Menschen sprechen von allgemeinem Staatsversagen. Da könnte es tröstlich anmuten, dass zumindest die Besteuerungsbürokratie noch beinhaltet funktioniert. Beispiel? Ein gerade zwei Wochen altes Baby erhält vom „Bundeszentralamt für Steuern“ den ersten Brief seines jungen Lebens. Anlass ist – die Bekanntgabe der Steuernummer.